

Grünliberale, wohin?

«Wir wollen deregulieren»

Interview / von René Zeller / 28.4.2016, 05:30 Uhr

Seit 2007 ist Martin Bäumle Präsident der Schweizer Grünliberalen. Am Samstag will er sich für eine weitere Amtszeit bestätigen lassen. Der Kapitän könne jetzt nicht von Bord, sagt er.

Martin Bäumle, seit den Wahlen spricht man kaum mehr von den Grünliberalen. Welche Rolle spielt Ihre Partei noch?

Es ist sicher nicht leichter geworden für uns. Vordergründig scheinen die Mehrheitsverhältnisse klar zu sein. Schaut man genau hin, ist es aber nicht so klar.

Welche Sachbereiche sprechen Sie an?

Nehmen wir das Beispiel Finanzpolitik, die in den nächsten Jahren zentral sein wird. Hier haben wir Grünliberalen immer sehr konsequent agiert. Die anderen Parteien betreiben meistens Klientelpolitik. Die Bürgerlichen sprechen ständig vom Sparen. Aber bei der Armee sollen 5 Milliarden ausgegeben werden, obwohl zurzeit keine Beschaffungsprojekte spruchreif sind. In der Landwirtschaft und auch im Tourismus setzen die bürgerlichen Parteien laufend durch, dass Subventionen fließen.

Wo wollen die Grünliberalen sparen?

Wir stehen konsequent dafür ein, dass ein Sparpaket nur umgesetzt werden kann, wenn Opfersymmetrie herrscht.

Gilt das auch für Ihre Steckenpferde?

Natürlich. Und auch die Linke kann nicht verlangen, dass die Entwicklungshilfe oder der Sozialbereich ausgeklammert werden. Die Linke ist finanzpolitisch nicht zuverlässig. Eine solide bürgerliche Mehrheit hingegen sollte die Budgethoheit durchziehen können. Das gelingt aber weder im Bundesrat noch im Parlament. Wir Grünliberalen fordern, dass überall abgespeckt wird.

Alle sprechen vom bürgerlichen Schulterschluss. Ist das für die Grünliberalen eher Chance oder Risiko?

Der bürgerliche Schulterschluss ist inexistent, wenn es konkret wird. Das hat sich während des Wahljahres bei den Finanzen exemplarisch gezeigt. Der Schulterschluss würde nur dann funktionieren, wenn wir ernsthaft über Deregulierungsschritte sprächen. Das geht aber nicht, wenn SVP, CVP und Teile der FDP für die Bauern von vornherein

Spezialregelungen fixieren.

Wir wissen nichts von einer grünliberalen Deregulierungs-Agenda.

Wir wollen deregulieren und sind bereit, ernsthaft darüber zu sprechen. Voraussetzung dafür ist aber eine konsequente Finanzpolitik, nicht Klientelwirtschaft.

Sie haben verlauten lassen, die Grünliberalen seien offen für Gespräche mit den anderen Mitteparteien. Was heisst das?

Genau das, was ich gesagt habe.

Nämlich?

Ich habe schon in der letzten Legislatur mehrfach skizziert, wie die Mitte kooperieren könnte. Die Gespräche sind nicht zum Ziel gekommen. Unmittelbar nach den nationalen Wahlen haben wir uns erneut getroffen. Doch der Inhalt der Diskussionen wurde leider von einzelnen Mitwirkenden ausgeplaudert, bevor die Gespräche abgeschlossen waren.

Ausser Spesen nichts gewesen also?

Wir haben seitens der Grünliberalen entschieden, dass sich jetzt zuerst jede Partei sortieren muss. Auch wir haben aufgrund des Wahlergebnisses unsere Hausaufgaben gefasst. Nach der Sommerpause können wir dann wieder mit CVP und BDP zusammensitzen.

Die Idee einer Mitte-Allianz ist demnach noch nicht vom Tisch.

In der letzten Legislatur hat man uns oft vorgeworfen, die gross angekündigte Zusammenarbeit in der Mitte sei nicht umgesetzt worden. Meiner Ansicht nach haben wir uns schlecht verkauft. Wenn es uns gelingen sollte, in relevanten Sachbereichen wie der Energiewende oder der Altersvorsorge einen gemeinsamen Nenner zu definieren, dann bin ich offen für eine Kooperation in der Mitte. Aber unsere Allianzpartner wechseln eben. Finanzpolitisch finden wir mit SVP, FDP und Teilen von BDP und CVP Mehrheiten. In ökologischen Fragen sind ganz klar SP und Grüne unsere Hauptpartner.

Vor den Bundesratswahlen haben Sie die Idee eines rotierenden Sitzes zugunsten der neuen Mitteparteien propagiert. Das ist nach den Sitzverlusten von BDP und Grünliberalen kaum mehr realistisch.

Ich bin Realist genug, um anerkennen zu können, dass die Grünliberalen zurzeit keinen Anspruch auf einen Bundesratssitz haben. Die BDP noch weniger. Als langfristige Perspektive bleibt der Anspruch der Mitte legitim, zumal die FDP tendenziell übervertreten ist.

Wo wollen sich die Grünliberalen in der neuen Legislatur

inhaltlich profilieren?

Ganz sicher in der Finanzpolitik, weil wir überzeugt sind, dass die beste Wirtschaftspolitik ein gesunder Staatshaushalt ist. Wie erwähnt sind wir auch bereit, bei sinnvollen Deregulierungsschritten mitzumachen. Weil hierzu von den grossen bürgerlichen Parteien ausser Ankündigungen noch nichts gekommen ist, denken wir ernsthaft daran, mit eigenen Vorschlägen aufzuwarten.

Was steht sonst in Ihrer Agenda?

In der Umweltpolitik bleiben wir unbeirrt auf Linie. Wir wollen die Energiewende möglichst liberal umsetzen.

Ihre Volksinitiative «Energie- statt Mehrwertsteuer» ist grandios gescheitert.

Unsere Initiative war zu komplex. Mit einem Konzept, das man dem eigenen Nachbarn nicht erklären kann, ist kein Erfolg möglich.

Das war aber nicht das Problem des Nachbarn, sondern der Grünliberalen.

Stimmt, dieser Einwand ist berechtigt. Das nehme ich auf meine Kappe. Aber einen Gegenvorschlag hat man uns gezielt verweigert.

Ihre Partei will sich als gesellschaftspolitische Avantgarde profilieren. Richtig?

Einverstanden. Zusätzlich zu unserem Anliegen «Ehe für alle» verfolgen wir das übergeordnete Ziel, dass beide Geschlechter in den Arbeitsprozess integriert werden können. Das wiederum bedingt familienergänzende Angebote, ein gerechtes Steuersystem, sprich Individualbesteuerung, den Elternurlaub. Unterstützt werden darf aber nur, wer in den Arbeitsprozess integriert ist. Das Ziel sind nicht subventionierte Begleitmassnahmen. Es geht darum, dass beide Partner berufstätig sein können und dass insbesondere das Potenzial der gut ausgebildeten Frauen ausgeschöpft wird.

Sie sind Gründungspräsident der Grünliberalen. Wäre es nicht klug, nach neun Jahren den Stab weiterzureichen?

Ich bin der Auffassung, dass der Zeitpunkt für einen Wechsel jetzt nicht richtig ist. Wir verbreitern auf nationaler Ebene unser Präsidium. Ich gehe davon aus, dass aus diesem Kreise früher oder später eine Nachfolge bereitstehen wird.

Wollen Sie Ihre Partei 2019 erneut in die nationalen Wahlen führen?

Ich beabsichtige nicht, bis zu meiner Pensionierung Präsident der Grünliberalen zu bleiben. Aber ich will mich heute nicht festlegen, ob ich 2019 noch Parteipräsident sein werde oder nicht.

Sie hatten 2014 ernsthafte gesundheitliche Probleme. Haben Sie damals daran gedacht, politisch kürzerzutreten?

Das wäre möglicherweise ein günstiger Zeitpunkt gewesen. Aber es galt damals, für unsere Volksinitiative zu kämpfen, und das Wahljahr stand bevor, weshalb ich einen Rückzug verworfen habe. Jetzt haben wir eine Krise zu meistern. Wir müssen die Wahlniederlage verdauen, das sind die Grünliberalen noch nicht gewohnt. In dieser stürmischen Zeit braucht es den Kapitän an Bord. Ich will die Partei in ruhigen Gewässern übergeben können.

Copyright © Neue Zürcher Zeitung AG. Alle Rechte vorbehalten. Eine Weiterverarbeitung, Wiederveröffentlichung oder dauerhafte Speicherung zu gewerblichen oder anderen Zwecken ohne vorherige ausdrückliche Erlaubnis von Neue Zürcher Zeitung ist nicht gestattet.